

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Jungferstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Jungferstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftstages von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anserte werden die gewöhnliche Preissetze mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Abrechnung wird Rabatt gewährt. Preisangelegenheiten müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 126.

Dresden, Mittwoch den 3. Juni 1908.

19. Jahrg.

Das Bankett der Humanität und die sozialistische Politik.

Von unserem Korrespondenten.

Paris, 1. Juni.

Nach ein schwerem peinlichen Ringen ist es der einzigen großen täglichen Zeitung der gemäßigten Partei — der Humanität — endlich gelungen, ihre Existenz zu sichern. Für die französischen Presseverhältnisse bedeutet es einen großen Sieg. Die Humanität verkauft in Paris gegenwärtig mehr als 20000 Nummern im Einzelverkauf. In Paris gibt es keine große politische Zeitung, die ohne unlautere, für einen Sozialisten unmögliche Geschäfte existieren könnte. Die politischen Zeitungen leben: entweder von Gehaltsfonds der Regierung oder vom Schmutz. Das Abonnement ist Ausnahme. Der Nummernabzug mit Hilfe eines Systems von Vermittlern, die den Verdienst der Zeitung für sich in Anspruch nehmen, ist die Regel. Daher die unheilvolle Lage einer ehrlichen Oppositionszeitung. Der französische Arbeiter ist für kleine alltägliche systematische Opfer nicht zu haben: er kauft die einzige Zeitung, die ihn am besten und am schnellsten informiert. Man kennt den andauernden Kampf der Humanität, der gegenüber in ihrer großen Not auch die deutsche Sozialdemokratie ihre Pflicht der internationalen Solidarität voll und ganz erfüllt hat. Jetzt sind wir sicher, daß die Humanität auf ihren Füßen steht. Sie wird leben. Eine große Partei ohne eine eigene tägliche Zeitung ist überall, aber besonders in Frankreich, undenkbar. Alle bisherigen großen sozialistischen Zeitungen befanden sich in fremden Händen, sogar der *Le Travail* und die *Revue Socialiste* redigiert, wurde von der Salonsozialistin und bürgerlichen Frauenrechtlerin Godevire unterstützt. Dieser Umstand führte zu Konflikten und den unangenehmsten Erscheinungen. Zum erstenmal hat die Partei ein Organ in den eigenen Händen.

Was ist Jaurès' Chefredakteur — im Prinzip. Tatsächlich überließ er freiwillig die Redaktion einem Mann, der aus den Vertretern aller Tendenzen in der Partei, der Gewerkschaften und der Anarchisten besteht. Der Sozialismus ist etwas spärlich vertreten, aber ausgeschlossen ist er nicht.

Da der Sieg der Humanität mit der teilweisen Niederlage bei den Gemeinderatswahlen zusammenfiel, so bemühte man sich für die Humanität veranlassete Fest zu einer allgemeinen politischen Manifestation, die großartig ausfiel. Auch ausländische Vertreter — Bauderwelle und andere — waren vertreten. Der deutsche Vorstand sandte ein lebendiges Begrüßungsschreiben.

Nach einigen Ansprüchen seitens der Leiter der Humanität, die mehr die Lage der Zeitung betrafen, ergriff Jaurès das Wort, um eine sehr reichhaltige politische Programmrede zu halten. Hier seine Hauptgedanken, die die herrschende Parteirichtung am besten kennzeichnen:

Jaurès wendete sich polemisch gegen diejenigen, die das Wahlergebnis benutzten, um die parlamentarische Aktion der Partei zu verurteilen. Die sozialistische Partei wäre eine Partei von Impotenten, wenn sie nicht den Mut hätte, ihre Niederlagen offen anzuerkennen. Unsere Niederlage in Paris aber wird von unseren Erfolgen auf dem Lande ausgeglichen. Jeder Kampf fordert große Opfer. Es hat sich eine Koalition der bürgerlichen Parteien gegen den Sozialismus gebildet. Gelingt es einmal dieser konservativen Koalition, die Sozialisten aus der Kammer hinauszudrängen, so wird das Parlament seine treibende Kraft verlieren. Es wird in ihm so traurig aussehen, daß das Volk sich aufrufen und seine Stellung zurückerobern wird — in weitestmöglicher Umfange.

Jede Kampfmethode des sich entwickelnden Sozialismus wurde am Anfang unterdrückt, weil man die einen plötzlichen endgültigen Sieg erwartete. Da dieser Sieg unmöglich war, so empfand man Enttäuschung. Wir haben aber jetzt begriffen, daß jede Methode, parlamentarische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktion eine lange Reihe von schweren Kämpfen erfordert. Jaurès bewundert die Konsolidation, weil sie die Synthese des großen sozialistischen Endzieles und der täglichen Kleinarbeit darstellt.

Man möge uns verleumben und beschönten, wir werden unser hohes Ideal nicht verleugnen. Wir sind und wir bleiben trotz alledem Kollektivist und Internationalist. Mögen die trotz alledem Kollektivist und Internationalist. Mögen die trotz alledem Kollektivist und Internationalist. Mögen die trotz alledem Kollektivist und Internationalist.

Die englisch-französische Entente, die die französischen und englischen Arbeiter schon vor Jahren ankündigten, läuft Gefahr, ihren friedlichen Charakter durch imperialistische Bestrebungen in England und in Frankreich zu verlieren. Die Vorkriegszeit muß adäquat sein. Der Krieg kann vermieden werden. Man darf nicht vergessen, daß es in Deutschland eine mächtige Sozialdemokratie, in England eine große Arbeiterpartei gibt. Die französische sozialistische Partei muß auch ihrerseits ihre Schul-

teit tun. Der Gedanke des internationalen Schiedsgerichts muß ernst genommen werden. Der erste Schritt des französischen Sozialismus wird ein Vorschlag zugunsten eines internationalen Schiedsgerichts für alle möglichen Konflikte sein.

Jaurès analysiert den modernen *Kasernenmilitarismus*, der allmächtig dem „Inneren“, ohnmächtig dem äußeren Feinde gegenüber. Die Reserve wird außer acht gelassen trotz ihrer kolossalen Bedeutung, weil man den Volksharakter der Armee fürchtet. Man benutzt sie bloß für Paradezwecke. Wird einmal das Volk von außen angegriffen, wird sie weder an Weib noch Kind denken. Sie wird die Unabhängigkeit des Landes retten. Wir müssen für die Organisation einer *Volksarmee* sorgen, einer sozialistischen Arbeiterarmee für die Landesverteidigung, für die Abwehr. Wir müssen in die Kader der Armee hineindringen, wie wir in die Gewerkschaften und Genossenschaften hineingedrungen sind.

Nach einer Bedingung des endgültigen Sieges des Sozialismus ist die sozialistische Reformtätigkeit. Man darf nicht die Reformen einzeln, sondern im Zusammenhang betrachten, nicht statisch, sondern dynamisch. Jede Reform bringt andere mit sich. Neben der Forderung der Verkürzung des Arbeitstages, an der Arbeiterversicherung und an der Einkommensteuer.

Zur Analyse der bürgerlichen Parteien übergehend, stellt Jaurès die Verletzung des Radikalismus, seine Spaltung in eine reaktionäre Mehrheit und eine sozialistische Minderheit fest. Die Regierung Clemenceaux führt zu einem *Reco-Boulangismus*, zur Aufrechterhaltung des Nationalismus.

Jaurès bespricht den Fall in Toulouse und betrachtet ihn als einen Ausnahmefall. Die Koalition mit den Progressiven ist für den Sozialismus unwünschbar. Eher die Weibehaltung am zweiten Wahlgange der sozialistischen Kandidatur. Er schließt mit einem begeisterten Appell an die organisatorische und ergebende Arbeit des Sozialismus.

Das Bankett war ein großer Erfolg. Die Sozialisten aller Schattierungen stimmten begeistert den Ausführungen der Redner bei. Die herrschende Parteirichtung hielt es für unpassend, nach dem Mißerfolg Selbstkritik zu üben. Für diese notwendige Ergänzung sorgt die Minderheit, die sich um das sozialistische Organ gruppiert: Le Sozialismus. Auf dem nächsten Kongress in Toulouse wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine große Debatte in diesem Sinne stattfinden.

Es mag kommen wie es will, der französische Sozialismus sieht kämpflich und siegesicher da. Sein Vormarsch unterliegt keinem Zweifel trotz aller möglichen Schwierigkeiten.

Ausschließung eines sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Duma.

Aus Petersburg wird gemeldet:

Nach einer heißen Debatte, die zwei Sitzungen hindurch gedauert hatte, beschloß die Duma die Ausschließung des sozialdemokratischen Abgeordneten, der wegen einer „ausführlichen“, öffentlich gehaltenen Rede gerichtlich belangt wird.

Zu dieser neuen Vergrößerung der sozialdemokratischen Dumavertretung gibt das russische Bulletin folgende nähere Mitteilungen:

Am 29. Mai beschäftigte sich die Duma mit der Frage der Ausschließung des sozialdemokratischen Abgeordneten Kossorotow, der angeklagt ist, am 8. November d. J., also einige Tage vor der Dumaauflösung, auf einer kleinen Station der Samara-Saratow-Eisenbahn vor den versammelten Arbeitern eine „ausführliche“ Rede gehalten zu haben. Obwohl sich die Anklage statutarisch nicht einmal der russischen Sprache mächtig ist, obwohl weiter die Anklagen dieses Zeugen einander widersprechen und deutliche Merkmale einer „höheren“ Verleumdung tragen, entschied sich die Duma-Kommission trotzdem für die Ausschließung Kossorotow. Es ist nicht das erste Mal, daß die Regierung die Ausschließung ungewisser Abgeordneter verlangt. So stellte sie an die zweite Duma die Anforderung, die Sozialdemokraten Geras und Kusnezow auszuschließen. Allein sie ließ damals auf den energischen Widerstand der Duma, die sehr gut erkannte, daß es bloß eines Präzedenzfalls bedurfte, um der Regierung bei der bekannten „Unabhängigkeit“ der russischen Gerichte die Möglichkeit zu verschaffen, jeden beliebigen Abgeordneten auf längere Zeit „unschädlich“ zu machen. Die jetzige Duma jedoch befandete selbst in dieser Frage, die ihre eigenen elementarsten Rechte berührt, einen Serwilkismus, der das Schlimmste befürchten läßt. Die einen Serwilkismus, der das Schlimmste befürchten läßt. Die einen Serwilkismus, der das Schlimmste befürchten läßt. Die einen Serwilkismus, der das Schlimmste befürchten läßt.

Der Gang der Kossorotowdebatte bestätigt vollumfänglich, daß die Majorität der Duma sich auf diesen Standpunkt gestellt hat. Sie hatte es so eilig, sich des ungewissen Sozialdemokraten zu entledigen, daß sie (mit 157 gegen 129 Stimmen) einen unheimlichen Beschluß faßte, den Fall Kossorotow zu prüfen, ohne auf die prinzipielle Seite der Frage einzugehen. Genosse Bogatschew trat darum den Schwerpunkt der ganzen Rede

als er das Vorhaben der Beschneidung als einen Akt der politischen Nachsicht gegenüber der Sozialdemokratie bezeichnete. Er wies auf die ungeheuerliche Tatsache hin, daß einige Mitglieder der Kommission schon die Angehörigen des Sozialismus als sozialdemokratische Kräfte als anwendbaren Grund bezeichnet hatten, die Anklage als vollkommen unbegründet zu betrachten. Wenn schon die Duma-Kommission so verurteilt war, dann also von der Regierung erwartet werden? ... Für die Regierung — so erklärte Bogatschew — ist die Ausschließung Kossorotow bloß der erste Schritt zur Verdrängung der proletarischen Vertretung in der dritten Duma. Nur die Regierung ist es nicht genug, daß sie Millionen von Bauern und Arbeitern durch das Wahlgesetz vom 16. Juni empört hat, sie begnügt sich nicht damit, daß Millionen von Proletariern durch ein kleines Häuflein von Abgeordneten in der Duma vertreten sind, sie will auch dieses Häuflein verdrängen, und dieser Wunsch ist vollumfänglich begründet. ... Wahrscheinlich reißt schon irgendeine in den Anklagen-Kammern des Justizdepartements der Flor einer „Verdächtigen“ und eines „verurteilten Aufstandes“ heran, und wahrscheinlich ist der Tag nicht mehr fern, da dieser Plan sich in einer Anklageschrift realisiert, die gegen die sozialdemokratische Fraktion gerichtet ist.

Die Redagierten beantworteten die mutigen Worte Bogatschew mit einem wahren Wutgebrüll: sie machten aber nicht einmal den Versuch, die Wut seiner Anklagen zu entkräften. Vergebens appellierte der „radikale“ Stabschef Nikititsch an den reinen Egoismus des Duma-Zentrums, indem er darauf hinwies, daß die Duma-Kommission unter einem Ministerium Dubrowin in dieselbe Lage gelangen könnten, wie gegenwärtig der Sozialdemokrat Kossorotow. Für die Mehrheit seiner Fraktionsgenossen war es ausschlaggebend, daß der Justizminister Zschischaglow — angeblich um das „Ansehen“ der Duma zu wahren — die bedingungslose Ausschließung Kossorotows veranlasse. Wenn die Regierung zuckt, dann müssen die Duma-Mitglieder parieren.

Deutsches Reich.

„Reform“ der Fahrkartensteuer.

Der „durchgehende Wertstempel“.

Die königliche Zeitung weiß über die Zukunft der bezüchtigten Fahrkartensteuer folgendes mitzuteilen:

Es ist nicht anzunehmen, daß über die Abschaffung, Abänderung oder Beibehaltung der Fahrkartensteuer irgendwelche Beschlüsse gefaßt werden, ehe man sich darüber klar geworden ist, welche Gestalt der Reichsfinanzreform gegeben werden soll. Die sämtlichen Verkehrsministerien der deutschen Gliedstaaten sind nach den bisherigen Erfahrungen durchweg Gegner einer Fahrkartensteuer und sind es auch früher immer gewesen. Aber man muß, wie an amtlicher Stelle betont wird, bedenken, daß der jährliche Ertrag der Fahrkartensteuer, wenn sich auch die auf sie geknüpften Erwartungen keineswegs erfüllt haben, für den Reichsbedarf auf 18 bis 20 Millionen zu schätzen ist, und daß daher die Abschaffung der Steuer erst dann ins Auge gefaßt werden könnte, wenn die Reichsfinanzreform Ersatz für den Einnahmehausfall schafft. Man weiß darauf hin, daß es ein Fehler und ein Mangel bei einer wirklich großzügigen Finanzreform sein würde, wenn nicht die Abschaffung, sondern nur die Abänderung der Fahrkartensteuer beabsichtigt würde. Im letzteren Falle würde dann wohl das Richtige sein, die Fahrkartensteuer zu vermeiden, außer Freilassung der Fahrkartensteuer mit einem Fahrpreis von unter zwei Mark, einen durchgehenden, sehr niedrigen Wertstempel auf die Fahrkarten aller Klassen zu legen. Eine derartige Fahrkartensteuer ist nach den Erfahrungen in anderen Ländern verhältnismäßig leicht zu veranlassen und zu erheben, und sie hat auch, falls sie ihrer Höhe wegen nicht zu drückend wirkt, auf die Benutzung der verschiedenen Wagenklassen keinen Einfluß. Sie würde also die Abwanderung von einer Klasse in die andere, die die Fahrkartensteuer in ihrer jetzigen Gestalt in großem Umfange mit sich gebracht hat, nicht verursachen.

Diese Neuerung der königlichen Zeitung bestätigt, daß die Reichsfinanzminister recht gern die Fahrkartensteuer gänzlich los sein würden. Dazu müßten sie aber zu den hundert Millionen, die die neue „großzügige Finanzreform“ des Herrn Sadow schaffen soll, auch den Ausfall der Fahrkartensteuer auf andere Weise herbeizubekommen, was freilich nicht leicht sein dürfte. Daher hat man den schlimmsten Plan, die unheimliche Steuer, die man nicht loswerden kann, zu „verbessern“. Die Verbesserung soll darin bestehen, daß alle Fahrkarten, die über 2 Mk. betragen, mit einer Stempelgebühr belegt werden sollen, also vor allem auf einer Stempelgebühr belegt werden sollen, also vor allem auf einer Stempelgebühr belegt werden sollen, also vor allem auf einer Stempelgebühr belegt werden sollen.

Der Herr Leutnant und sein Durcheinander.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 2. Juni: Die militärischen Dienstinteressen waren heute vor dem Kriegsgerechtigkeit wieder einmal gefährdet, als verhandelt wurde gegen den Leutnant Wilhelm v. Wealicke von dem Jägerregiment Nr. 25. Der Anklage war Adjutant bei dem 3. Bataillon und ist wegen